

EUROPA

Verwaltung als Öko-Tiger

Von der Sparbirne zum emissionsarmen Bus: Öffentliche Verwaltungen haben beim Einkauf viel Handlungsspielraum, um Nachhaltigkeit in die Praxis umzusetzen. Europa macht sich auf den Weg in Richtung "Green Public Procurement".

Seit den 80er-Jahren schon wird in Europa versucht, "Green Public Procurement" (GPP) als Instrument zur nachhaltigen Entwicklung einzusetzen. Wichtiges Instrument war dabei in manchen Ländern das Einführen ökologischer Kriterien in so genannten nationalen Beschaffungszentralen oder gar der direkte Aufbau von ökologischen Beschaffungsdiensten. So lancierte die österreichische Hauptstadt 1999 das Projekt "ÖkoKauf Wien". Es hatte die Aufgabe, Kriterien für die Einkaufspolitik der Verwaltungen aufzustellen sowie Öffentlichkeitsarbeit gegenüber Privatleuten und der "business community" zu betreiben. In Dänemark wurden Aktionspläne zur Ökologisie-

rung der Verwaltung gestartet. Und in der italienischen Provinz Cremona lief von 2001 bis 2003 das "GPPnet"-Projekt, bei dem dreizehn Gemeindeverwaltungen und acht Provinzialdienststellen mitmachten. Bestandsaufnahmen, Check-Listen, Muster-Listenhefte, Weiterbildungsmaßnahmen für EinkäuferInnen sowie Rundtischgespräche standen auf dem Programm.

Auf rund 1.500 Milliarden Euro oder 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Union schätzt die EU-Kommission das Gesamtbudget der öffentlichen Verwaltungen in Europa. Wenn etwa beim Einkauf von Ökostrom alle mitmachen würden, könnten 18 Prozent der angestrebten CO₂-Emissionsreduzierung abgedeckt werden. Wie groß der heutige Impact solcher Politiken derzeit in Europa ist, bleibt allerdings unklar, weil bislang kaum Auswertungen stattgefunden haben. Luxemburg glänzt übrigens in den meisten europäischen Studien durch fehlenden Angaben.

Wirtschaftspotenzial GPP

Ein besonderes Hindernis auf dem Weg zu nachhaltiger Beschaffungspolitik ist die oftmals abwehrende Haltung

der Industrie. Bei der Vorstellung des "Buying Green"-Handbuchs der EU-Kommission fand Ulrich Paetzold, Vertreter der europäischen Industriellenföderation UNICE, ökologische Kriterien bei Ausschreibungen müssten direkt mit dem Produkt zu tun haben. Bei indirekten Kriterien wie etwa das Verpackungsmaterial oder der ökologisch sinnvolle Transport dieser Waren seien Transparenz und Chancengleichheit bei der Vergabe von Aufträgen nicht mehr gewahrt.

Firmen wie IBM haben aber das Wirtschaftspotenzial von GPP längst entdeckt. So berichtete der Vertreter des Computerherstellers Silvio Weeren, dass der IT-Multi bei neuen Produkten vor allem auf Energieeffizienz setze, bei der es in diesem Bereich noch enormes Einsparpotenzial gibt. Neben zentralen Servern, die weit energiesparender als die der Konkurrenten sind, sind das etwa energiesparende LCD-Schirme - die zudem noch die doppelte Lebensdauer von herkömmlichen Monitoren haben -, oder Laptops statt Tischcomputer: "There are still eco-labels for PCs, there should be only for notebooks."

Die neue EU-Direktive, die seit März 2004 in Kraft ist, soll eine der Hauptbarrieren beim Anwenden von Ökokriterien in der Beschaffungspolitik aufheben: die Angst vor gerichtlichen Nachspielen. Die Stadt Helsinki, die 1997 beim Einkauf von Bussen das Kriterium niedriger Emissionswerte einsetzte und daraufhin der städtischen Busgesellschaft den Auftrag vergab, wurde vom leer ausgegangenen Konkurrenten kurzerhand vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verklagt. Er bekam jedoch Unrecht.

Grün einkaufen

Staat und Gemeinden haben als Einkäufer von Produkten und Dienstleistungen ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Dieses, so fordert die Umweltbewegung, muss genutzt werden: nicht nur, um das Funktionieren der öffentlichen Hand ökologischer zu gestalten, sondern auch um Trends in der Industrie positiv zu beeinflussen. Das findet auch die EU-Kommission, die kürzlich bei einer Informationsveranstaltung das Handbuch "Buying Green" vorstellte. Die woxx beleuchtet die Entwicklung im Bereich des "Green Public Procurement" in der EU und in Luxemburg.

Ob eine Verwaltung ihren Einkauf nach ökologischen Vorgaben organisiert, hängt nicht von der Größe der Verwaltung oder ihrem finanziellen Spielraum ab. Eine Umfrage des "International Council for Local Environment Initiatives" von 2003 ergab, dass mangelnde Öko-Kenntnisse das Hauptargument ist, weshalb Ausschreiber auf Öko-Einkauf verzichten.

Grünes Know-how fehlt

Neben dem politischen Engagement der Verantwortlichen sind auch nationale Impulse notwendig, um Verwaltungen gezielt zu einer ökologischen Einkaufspolitik zu verpflichten. Beim Weltgipfel von Johannesburg 2002 haben sich die Regierungen übrigens verpflichtet, "umweltverträgliche Produkte und Dienstleistungen durch öffentliche Beschaffung auf allen Ebenen zu fördern".

Öffentliche Verwaltungen, die in Richtung GPP gehen wollen, können aber mit europäischer Unterstützung und

Beratung rechnen. Zum Beispiel, wenn sie bei "Procure+", der EU-Kampagne für nachhaltige Beschaffung, mitmachen. Doch auch die EU müsste noch gezielter auf eine breitere Anwendung von GPP hinarbeiten, so die Kritik von Vivien Führ vom "International Council for Local Environmental Initiatives" (ICLEI): "We have seen initiatives of green procurement mushrooming in Europe in the last few years. But what has not happened so far is a large scale implementation." Und Beatrix Richards vom WWF ermahnte die EU-Kommission, selbst eine Vorreiterrolle zu übernehmen: "The Berlaymont building has been renovated with uncertified timber."

Renée Wagener

INTERVIEW

"Die Vorbildfunktion des Staates betonen"

Wie kann das neue Gesetz über öffentliche Ausschreibungen der Ökologie auf die Sprünge helfen? Die "woxx" fragte de neuen Bautenminister Claude Wiseler, in dessen Ressort sowohl die Ausschreibungspolitik des Staates als auch dessen Bautenpolitik fällt.

woxx: Wieso zeigt das neue Ausschreibungs-gesetz, das explizit den Einsatz von Öko-Kriterien beim Aufstellen von Lastenheften für Ausschreibungen möglich macht, bisher so wenig Wirkung?

Claude Wiseler: Der neue Text von 2003 sieht vor, dass Nachhaltigkeitskriterien als Vergabekriterien gelten können, wenn öffentliche Aufträge vergeben werden. Bei der Frage, wie wir das selbst umsetzen, ist es eine der ersten Sorgen der Verwaltung, so präzise wie möglich zu sein in der Art und Weise, wie Aufträge vergeben werden.

Das neue Gesetz ermöglicht die Bewertung ökologischer Kriterien im Rahmen eines Punktesystems. Doch dies erweist sich als relativ schwierig: Die Frage stellt sich, wie man diese Kriterien



Bautenminister Claude Wiseler

gewichtet gegenüber anderen Kriterien, wie dem Preis, der Leistungsfähigkeit der Firma oder anderen wirtschaftlichen Kriterien. Wir haben noch wenig Erfahrung damit, Ausschreibungen aufgrund eines Punktesystems zu bewerten, das man im Vorfeld aufstellen muss.

Das neue Gesetz hätte Anlass für eine regelrechte Kampagne sein können, sowohl bei der Bautenverwaltung selbst, als auch - zusammen mit dem Innenminister - bei den Gemeinden.

Viele der betroffenen Akteure haben schon genügend Sensibilität, das Problem ist aber oft die Umsetzung. Der Öko-Leitfaden und unsere Homepage, die zurzeit weiterentwickelt wird, sind wichtige Instrumente, damit man sich das gewünschte Know how aneignen kann. Wenn der neue Leitfaden fertig gestellt ist, wäre das eine Gelegenheit, diese Sensibilisierungsarbeit zu verstärken und systematischer anzugehen.

Genügt es denn, den Leuten einen Ordner in die Hand zu drücken? Müsste es nicht eine Dienststelle geben, die eine proaktive Sensibilisierungsarbeit machen würde?

In diesem Stadium unserer Möglichkeiten können wir lediglich versuchen, die Informationen weiterzureichen und zugänglich zu machen. Die Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, inklusive um den Ökoleitfaden auszuarbeiten, über-

nehmen auch einen Teil dieser Sensibilisierungsarbeit.

Müssten nicht auch die technischen Standards, für öffentliche Verwaltungen "ökologisiert" werden? Etwa, dass vom Staat nur zertifiziertes Tropenholz akzeptiert wird.

Das machen wir sowieso. Es ist aber nirgends festgehalten.

Wir schreiben einfach kein Tropenholz aus, und auch kein PVC, das ist das Prinzip.

Beim Festungsmuseum hat Greenpeace aber damals gegen den Einsatz von Tropenholz protestiert.

Ich kann nicht verifizieren, ob das nun überall immer passiert, aber das Prinzip ist, dass dem Rechnung getragen wird, indem wir in den Ausschreibungen klipp und klar sagen: Wir möchten dieses präzise Material.

Im europaweiten Vergleich stellt man fest, dass die Bewegung in Richtung grüner Ausschreibungspolitik an Luxemburg vorbeigeht.

Es gibt eine ganze Reihe von Pilotprojekten, wie etwa der Hosinger Park in Givenich. Wir haben auch, was den Schulbau betrifft, zusammen mit dem Unterrichtsministerium ein Standardlasten-

heft entwickelt, in dem zum Beispiel der ganze Bereich der Energieeffizienz integriert worden ist.

Wenn der Staat seiner Vorreiterrolle gerecht werden will, geht es auch um die Sichtbarkeit der Politik, die man vielleicht schon betreibt.

Das stimmt. Uns wurde von der Präsidentin des "Mouvement écologique" bescheinigt, dass wir in manchen neuen Schulen durchaus interessante Sachen machen. Aber sie forderte uns auf, die Gemeinden zu Besichtigungen einzuladen. Das ist tatsächlich nicht geschehen. Vielleicht müsste man diese beispielhafte Funktion stärker unterstreichen.

Interview: Renée Wagener

LUXEMBURG

Nachholbedarf in Sachen Öko

Recyclingpapier heißt das Stichwort, wenn Luxemburger Verwaltungen auf ihre ökologische Einkaufspolitik angesprochen werden. Bei Staats- und Gemeindeverwaltungen gibt es noch viel zu tun.

(rw) - Bereits am 31. März 2004 trat eine neue EU-Richtlinie zur Prozedur bei öffentlichen Ausschreibungen in Kraft, die "Green Public Procurement" (GPP) europaweit klar erlaubt. Luxemburg hat aber erst vor einem Jahr die davor gültige EU-Direktive umgesetzt - immerhin wurden darin bereits eine Reihe der neuen Bestimmungen berücksichtigt. In Sachen Umweltschutz steht nun im neuen Ausschreibungs-gesetz: "Les pouvoirs adjudicateurs ... veillent à ce que, lors de la passation des marchés publics, il soit tenu compte des aspects et des problèmes liés à l'environnement et à la promotion du développement durable". Und in dem dazu gehörigen großherzoglichen Reglement finden sich in der Auflistung der Kriterien, die bei der Aufstellung eines Lastenheftes im Rahmen einer Ausschreibung zum Tragen kommen dürfen, nicht nur technische oder finanzielle Kriterien, sondern auch "la valeur écologique" oder l'aspect social". Wenn auch früher schon ökologisches Ausschreiben durchaus nicht verboten war, so ist mit dem neuen Gesetz also ein klarer gesetzlicher Rahmen geschaffen, damit öffentliche Auftraggeber GPP betreiben können.

Beratung statt Zwang

Eine zentrale Rolle beim Aufstellen der Lastenhefte für Ausschreibungen spielen

die so genannten "clauses contractuelles", in denen technische Standards für bestimmte Materialienbereiche bei Bauarbeiten oder technischen Installationen festgehalten werden. Die Klauseln, die vom "Centre de Ressources des Technologies de l'Information pour le Bâtiment" (CRTIB) ausgearbeitet werden, sind durch das neue Gesetz für öffentliche Verwaltungen bindend. Sie bestimmen also nun die Ausschreibungen von Staat und Gemeinden in entscheidendem Maße mit. Dort aber hat bis heute noch kein echtes Öko-Umdenken stattgefunden. So heißt es in der Klausel für Schreinerarbeiten zum Thema Kleber lediglich: "Les colles ... ne doivent pas avoir d'incidence négative sur le support ou sur les produits à coller et ne doivent pas provoquer de nuisance olfactive après application."

Das CRTIB setzt eher auf die Überarbeitung des "Öko-leitfadens". Dieses ausschließlich Baumaterialien betreffende Handbuch, das 1998 zum ersten Mal erschien, informiert Ausschreiber über die Umweltverträglichkeit diverser Baustoffe. "Eine Arbeitsgruppe überarbeitet derzeit das Handbuch", so René Theisen vom CRTIB. Neben den Baustoffen an sich sollen darin nun auch Energieeffizienz und Dämmeigenschaften berücksichtigt werden.

Klassiker Recyclingpapier

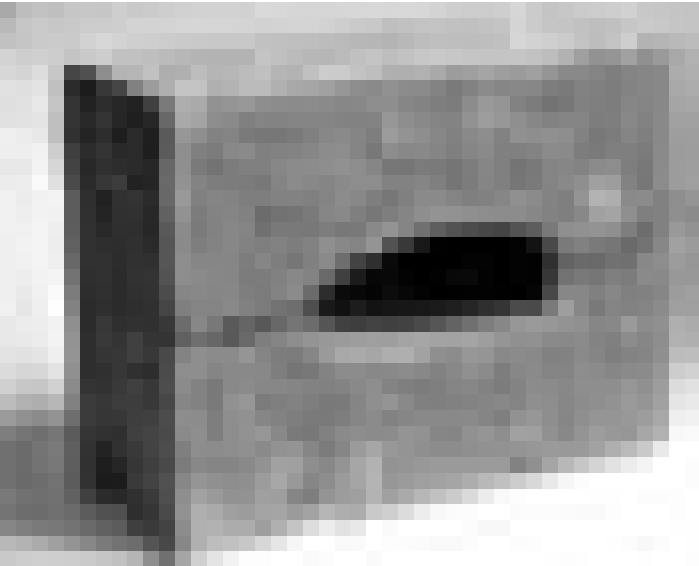
Bereits der alte Leitfaden, findet Theisen, habe viel Anklang gefunden. Er plädiert deshalb dafür, im Bereich der Öko-Baustoffe bei Richtlinien zu bleiben statt rechtlich bindende Vorschriften einzuführen. Am wertvollsten sind laut Theisen Besichtigungen vor Ort, welche die Handwerkskammer organisiere. "Wenn die Handwerker sehen, wie eine Schule nach ökologischen Gesichtspunkten erbaut werden kann, und wenn sie dazu noch mit dem Bürgermeister, dem Architekten und dem Ver-

treter der Baufirma diskutieren können, finden sie das weitaus interessanter", ist Theisen überzeugt.

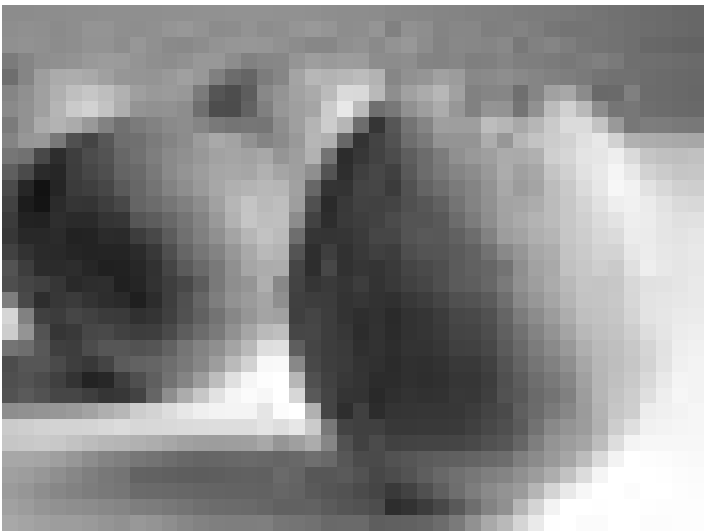
Um GPP umzusetzen, ist neben den staatlichen Verwaltungen besonders die staatliche Baubehörde gefordert. Sie kann bei der Errichtung von Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden Maßstäbe setzen (siehe Interview).

Doch auch die Gemeinden haben Spielraum. Sie sind laut "Observatoire des soumissions" der Handwerkskammer einsame Spitze bei der Anzahl von ausgegebenen öffentlichen Aufträgen und liegen immerhin noch dicht hinter der "Administration des Bâtiments Publics", wenn es um das finanzielle Gesamtausmaß der Ausschreibungen geht. Dazu läppern sich bei den Gemeinden noch die vielen Ausgaben für Produkte und Dienstleistungen, bei denen aufgrund des niedrigen Preises keine Ausschreibung notwendig ist.

Claude Wolwert, in der "Direction des Affaires communales" des Innenministeriums zuständig für die kommunalen öffentlichen Ausschreibungen, bedauert aber, die Gemeinden täten sich weiterhin schwer mit der Einführung ökologischer Kriterien: "Die zwei, drei Gemeinden, die sie benutzen, haben das



auch schon vor der Gesetzesreform getan." Der Beamte führt dies auf die technische Abwicklung der Ausschreibungen zurück. Die meisten Gemeinden würden private Planungsbüros damit beauftragen, Lastenhefte auszuarbeiten. Und die haben, mutmaßt er, "vielleicht nicht immer den ökologischen Touch". Doch es bleibt an den kommunalen Auftraggebern, eine ökologischere Politik durchzusetzen. Und da haben weder der Syvicol, der Zusam-



menschluss der Luxemburger Gemeinden, noch der neue Innenminister bislang Signale gesetzt.

In Esch zum Beispiel ist ökologische Beschaffungspolitik noch nicht über ein Vorstadium hinausgewachsen. Ein Öko-Audit soll nun die Schwächen und Stärken der verschiedenen Gemeindedienststellen in allen möglichen Bereichen bilanzieren: Wasser- und Energieverbrauch, Einkaufspolitik und so weiter. Die Resultate des Audits sollen laut "service écologique" der Gemeinde die Grundlage liefern für eine ökologische Beschaffungspolitik. Bis dahin allerdings begnügt sich die Stadt Esch mit dem Einkauf von ökologischem

dediensten. Auch beim Putzen kommen Mittel zum Einsatz, die nach ökologischen Gesichtspunkten ausgewählt werden.

In Beckerich ist man schon einen Schritt weiter: Neben dem Einkauf von Ökostrom ist ökologisches und energieeffizientes Bauen dort längst Standard. Camille Gira, Bürgermeister und grüner Abgeordneter, bedauert allerdings: "Viele Architekten und Ingenieure sind wenig in die Thematik eingearbeitet." Was aber bei der Umsetzung der Reform bislang vor allem fehle, sei eine gezieltere Beratung für die Gemeinden und andere Verwaltungen: "Man müsste ökologische Muster-Lastenhefte ausarbeiten, die zum Beispiel vorsehen, dass bei Schreinerarbeiten wenn überhaupt nur zertifiziertes Tropenholz eingesetzt werden darf oder nur Schreinerplatten, die ökologisch unbedenklich sind."

Wenig Echo von der Gesetzesreform bekommen auch die privaten Anbieter von nachhaltigen Produkten. So sagt ein Vertreter von "Terra Roxa", einer Vertriebsfirma für biologische und fair gehandelte Lebensmittel: "Es gibt solche Verwaltungen, die seit langem bei uns bestellen und solche, die immer noch meinen, bei uns sei alles viel teurer." Bei Produkten mit historischen Weltmarkt-Tiefstpreisen wie Kaffee ist das wohl auch der Fall. Allerdings ist der günstigste Preis nicht das einzig mögliche Kriterium. Studien haben ergeben, dass ein breiter angelegtes GPP unterm Strich nicht teurer wird als herkömmliche Einkaufspolitik, weil in vielen Bereichen umgekehrt Geld gespart wird.

Eine allgemeine Informationskampagne tut also not, doch bislang scheint niemand in der neuen Regierung die Möglichkeiten des neuen Gesetzes auszuschöpfen. Das wäre Aufgabe des Umweltministeriums, sagt Gira: "Wenn eine breit angelegte Ökologisierung gewünscht ist, muss das Umweltministerium den Katalysator spielen und Initiativen nehmen."

Wenn der neue Umweltminister für diese Idee noch seine Kollegen Bauten- und Innenminister begeistern könnte, hätte GPP auch in Luxemburg endlich eine Chance.

(Fotos: woxx)

Öko-Einkauf: Was ist das?

Wenn öffentliche Verwaltungen bei Privatfirmen Dienste und Produkte einkaufen, können sie in folgenden Bereichen ihre "grüne Hand" zeigen:

- Ökomaterialien und Produkte (Recyclingpapier, Fuhrpark, Baumaterialien, Niedrigenergie-Bauweise, Sparbirnen, Gärtnerprodukte und Grünflächenunterhalt, Krankenhauseinrichtungen- und produkte, Büro- und Schuleinrichtungen, wassersparende Sanitäranlagen)
- recyclingfähige Druckerpatronen und energie-effiziente Computer
- Einsatz von Öko-Strom, sowohl für die Gemeindeinfrastrukturen als auch beim Vertrieb an Endverbraucher
- Benutzen von Öko-Labels als Mindestnorm bei öffentlichen Ausschreibungen
- Öko-Produkte beim Putzdienst, "Clean on demand"-Systeme
- Kantinen (Saisongemüse, genfreie Lebensmittel, Bioprodukte)
- Entsorgung von Betriebsabfällen
- Umweltmanagement: Für jeden Verwaltungsbereich werden Produkte und Vorgänge auf ihren Umweltimpakt überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Neben ökologischen setzen manche Ausschreiber auch noch auf andere Kriterien:

- fair gehandelte Produkte
- Vorzug für Betriebe aus der sozialen Marktwirtschaft

